

Freie Demokraten im Hessischen Landtag

PÜRSÜN ZUM ÖFFENTLICHEN GESUNDHEITSDIENST

06.05.2020

- Schulgeldfreiheit ist überfällig
- Gesundheitsdienst leidet unter Personalmangel
- Freie Demokraten wollen Gesundheitsämter stärken

WIESBADEN – "Es wird Zeit, dass auch Hessen die vom Bund geforderte Schulgeldfreiheit für die Gesundheitsberufe umsetzt", sagt Yanki PÜRSÜN, gesundheitspolitischer Sprecher der Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, anlässlich der heutigen Plenardebatte über den öffentlichen Gesundheitsdienst. Die Schulgeldfreiheit sei überfällig und müsse auch die Schülerinnen und Schüler einschließen, die ihre Ausbildung bereits begonnen haben. "Wir Freie Demokraten fordern aber, dass die Gesundheitsfachberufe insgesamt mehr Anerkennung und Wertschätzung erfahren und dass mehr Anreize geschaffen werden, einen solchen Beruf zu ergreifen", sagt Pürsün.

Er schlägt vor: "Wir sollten die Gelegenheit ergreifen und den öffentlichen Gesundheitsdienst besser aufstellen, denn der Gesundheitsdienst wurde seit Jahren vernachlässigt." Die Folgen seien ein enormer Personalmangel sowie eine Unterfinanzierung. "Diese Versäumnisse rächen sich leider aktuell in der Corona-Krise." Im vergangenen Jahr hatte eine Anfrage der Freien Demokraten ans Licht gebracht, dass die Gesundheitsämter nicht gut aufgestellt sind. "Und das, obwohl es gerade in Krisen auf sie ankommt", betont Pürsün. "Leider konnten die Gesundheitsämter so nicht alle Infektionsketten nachverfolgen und unterbrechen, trotz unermüdlichen Einsatzes."

"Die Landesregierung muss dringend weitere Ressourcen bereitstellen, um die Gesundheitsämter zu entlasten. Diese brauchen Unterstützung, damit sie auch reguläre



Angebote wie Sprechstunden wieder aufnehmen können", erklärt Pürsün. Er fordert zudem die Einrichtung eines runden Tisches zur Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdiensts. "Denn auch nach dieser Krise wird ein starker und effizienter öffentlicher Gesundheitsdienst essenziell sein."

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de